Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 23. Freitag, 28. Januar 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 5 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Termine. Gewährter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Noch immer keine Einigung über die Verteilung der Ministerien.

Die Regierungsbildung auf Freitag vertagt.

)(Berlin, 27. Januar. Obwohl im Laufe des Tages von allen Beteiligten in Aussicht genommen war, die Kabinettsbildung unbedingt am Donnerstag abend zu beenden, da bei der inzwischen eingetretenen Vertagung des Reichstages die Fraktionen nur schwer vollzählig beisammengehalten werden könnten, traten in den späten Abendstunden erneut Schwierigkeiten auf. Ueber die sachlichen Gesichtspunkte war zwar eine völlige Einigung erzielt worden, doch bildete die Verteilung der Ministersitze den Gegenstand langwieriger Verhandlungen. Die Deutschnationalen beanspruchten, wie das Nachrichtenbüro des VDZ hört, zunächst als vierten Sitz das Verkehrsministerium. Hiergegen erhob jedoch die Deutsche Volkspartei Einspruch, da diese Fraktion dann nur über zwei Ministerposten verfügen würde. Die Deutschnationalen erklärten, daß sie durchaus nicht unbedingten Wert auf das Verkehrsministerium legten, daß sie dafür vielmehr das Finanzministerium mit einem Deutschnationalen besetzt wissen wollten. Mit dieser Regelung war jedoch das Zentrum, dessen Fraktion den ganzen Abend über versammelt war, nicht einverstanden, da das Finanzministerium nach Ansicht des Zentrums unbedingt von einem Zentrumsmann verwaltet werden müßte.

Nach 10 Uhr abends versuchte noch einmal eine deutschnationale Verhandlungskommission, in einer Besprechung mit dem Reichskanzler Dr. Marx, diese Streitfragen aus der Welt zu schaffen, wobei sie jedoch nochmals betonte, daß sie an vier Ministerposten festhalten müßte. Da jedoch wegen der vorgerückten Stunde keine Einigung mehr zu erzielen war, vertagten die Fraktionen mit Zustimmung des Reichskanzlers die weiteren Verhandlungen hierüber auf Freitag vormittag.

Viel beachtet wurde noch eine Erklärung der deutschnationalen Reichstagsfraktion, daß die in der gegnerischen wie eigenen Presse verbreiteten Nachrichten über den Inhalt und die Entstehung der Richtlinien nicht authentisch sind.

•

Zur Absage der Demokraten.

gu. Berlin, 28. 1. Die Absage der Demokraten an den Reichskanzler Dr. Marx, sich an der Regierung zu beteiligen, hat in parlamentarischen Kreisen Bedauern hervorgerufen. Besonders die Deutsche Volkspartei wirft den Demokraten vor, daß sie in unverantwortlicher Weise das Steuer aus der Hand lasse und die liberale Sache durch ihr Beiseitestehen schädige. Der Reichskanzler hat es abgelehnt, die Richtlinien zu ändern, um den demokratischen Wünschen entgegenzukommen, da inzwischen von den Deutschnationalen eine bedingte Zustimmung erfolgt ist, falls die Personenfragen sich glatt regeln lassen. Die Fraktion der Demokraten hat ihren Ministern nahegelegt, sich dem neuen Kabinett nicht zur Verfügung zu stellen, doch steht zur Stunde noch nicht fest, ob die Minister dem Wunsche Folge leisten werden. Dr. Geßler wird jedenfalls von den Deutschnationalen als Wehrminister gewünscht, und auch die anderen Regierungsparteien sehen keine Veranlassung, die sachliche Arbeit des Ministers zu beanstanden, zumal er durch die neuen Verordnungen an die gewünschte Reform der Parteien gebunden ist. Die Deutschnationalen haben dem Kanzler nach den Beratungen der in Betracht kommenden Persönlichkeit mitgeteilt, daß sie das Sozialprogramm des Reichsarbeitsministers gutheißen und gegen die vorgesehene Unterstützung der Erwerbslosen nicht agitieren werden. Ebenso werden sie sich für eine gesunde Wirtschafts- und Finanzpolitik einsetzen und eine Zollpolitik treiben, die den berechtigten Lebensinteressen aller Volkskreise gerecht wird. Die Verhandlungen über die Personenfrage sind im vollen Gange. Ihr Abschluß ist noch nicht abzusehen, da die Wünsche der Deutschnationalen weit über den Rahmen der von den Mittelparteien gewährten Zugeständnisse hinausgehen. Der Aeltestenrat des Reichstages hat darum nach einer Rücksprache mit Dr. Marx die nächste Sitzung des Reichstages erst auf den 8. Februar festgesetzt.

Zu den Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Demokraten.

* Berlin. Das „Berliner Tageblatt" bringt in seiner Nummer 45 einen Bericht über die Unterredung des Herrn Reichskanzlers mit den Vertretern der demokratischen Fraktion, der in wesentlichen Teilen den Tatsachen nicht entspricht. So ist es insbesondere unrichtig, daß der Herr Reichskanzler erklärt haben soll, „an eine Abänderung der zwischen Zentrum, Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei festgelegten Richtlinien sei nicht zu denken". Das Gegenteil ist richtig: Der Reichskanzler hat dem Vertreter der Demokratischen Fraktion ausdrücklich erklärt, daß, falls Aenderungen der Richtlinien gewünscht würden, einer Besprechung darüber mit den anderen Fraktionen nichts im Wege stehe.

•

Die mutmaßliche Besetzung der Ministerien.

Die gestrigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der neuen Regierungsparteien im Reich haben sich lediglich um die Verteilung der Ministerien auf die einzelnen Parteien gedreht, während die Besetzung der Ministerposten nicht zur Debatte stand. Laut Lokalanzeiger hat sich die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei offiziell mit der Frage der Kandidaten für die einzelnen von ihr zu besetzenden Portefeuilles überhaupt noch nicht befaßt. Die gestern im Umlauf befindliche Ministerliste beruht daher lediglich auf Kombinationen. Die Kreuzzeitung meldet, daß infolge der überaus langwierigen und anstrengenden Besprechungen, die für die Verhandlungsteilnehmer eine harte Nervenprobe bedeuteten, Dr. Marx gestern abend nach Schluß der Verhandlungen einen leichten Schwächeanfall erlitt, von dem er sich erfreulicherweise bald wieder erholte.

Voraussichtliche Ministerliste.

)(Berlin, 27. Januar. Nachdem die Demokraten ihre Beteiligung an der Kabinettsbildung abgelehnt und die übrigen an den Verhandlungen beteiligten Fraktionen die Beratung der Richtlinien abgeschlossen hatten, konnte Marx nachmittags die Verhandlungen über die Zusammensetzung seiner Regierung einleiten. Nach Schluß der Plenarsitzung hatte er zunächst eine Besprechung mit den Vertretern des Zentrums und der Deutschen Volkspartei über die Verteilung der Ministersitze an die einzelnen Parteien. Darauf fanden weitere Besprechungen mit den Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei statt.

Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hört, hält man gegenwärtig in parlamentarischen Kreisen folgende Verteilung der Ministersitze für wahrscheinlich: Deutschnationale 4 (Inneres, Justiz, Landwirtschaft, Verkehr), Zentrum 4 (Kanzler, Finanz, Arbeit, besetzte Gebiete), Deutsche Volkspartei 2 (Außenpolitik und Wirtschaft). Post- und Wehrministerium werden voraussichtlich in den Händen von Stingl (Bayr. Bp.) und Dr. Geßler bleiben.

Bisher werden folgende Namen genannt:

Zentrum: Reichskanzler: Marx, Reichsfinanzminister: der badische Staatspräsident Dr. Köhler, Arbeitsminister: Dr. Brauns, besetzte Gebiete: Dr. Bell;

Deutschnationale: Justiz: Graef (Thüringen) oder Dr. v. Drvander, Inneres: v. Lindeiner-Wildau, Ernährung und Landwirtschaft: Schiele oder Freiherr von Stauffenberg, Verkehr: Dr h. c. Koch;

Deutsche Volkspartei: Außenminister: Dr. Stresemann, Wirtschaftsminister: Dr. Curtius.

Reichspostminister Stingl (Bayr. Bp.) dürfte im Amte bleiben, ebenso Reichswehrminister Dr. Geßler.

•

Die heutigen Besprechungen.

Berlin. (Funkspruch.) Reichskanzler Dr. Marx wurde heute vormittag um 11 Uhr im Reichstag erwartet. Für diese Zeit hatte er die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei und des Zentrums zur Fortsetzung der gestern abgebrochenen Verhandlungen über die Zusammensetzung seines Kabinetts eingeladen. Zur Vorbereitung dieser gemeinsamen Besprechung hielt der Vorstand der deutschnationalen Fraktion bereits um 10 Uhr eine Beratung ab. Die deutschnationale Fraktion selbst war, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hört, erst für mittags 12 Uhr einberufen. Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei versammelten sich auch schon um 10 Uhr zu ihrer Fraktionssitzung, während die Zentrumsfraktion erst um 1 Uhr mittags, also nach der gemeinsamen Besprechung, zusammentrat.

Berlin. (Funkspruch.) Kurz nach 11 Uhr begann, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hört, im Reichstage die gemeinsame Besprechung des Reichskanzlers Dr. Marx mit den Vertretern der künftigen Regierungskoalition, nämlich des Zentrums, der Deutschnationalen, der Deutschen und der Bayrischen Volkspartei über die Verteilung der Ministersitze.

•

Reichskanzler Dr. Marx beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspruch.) Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den geschäftsführenden Reichskanzler Dr. Marx zum Bericht über die gestern geführten Verhandlungen.

•

Noch keine Einigung.

Berlin. (Funkspruch.) Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die vormittags in Anwesenheit des Reichsaußenministers Dr. Stresemann die Schwierigkeiten besprach, die gestern abend in der Frage der Kabinettsbildung zutage getreten waren, beschloß, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, an der Forderung nach drei Ministersitzen im neuen Kabinett festzuhalten. Die Besprechung der künftigen Koalitionsparteien mit dem Reichskanzler endete, da keine der Fraktionen bereit war, von ihren Forderungen abzugehen, gegen ¾1 Uhr, ohne daß eine Einigung zustandegekommen war.

Wie das Nachrichtenblatt des VDZ. weiter hört, werden die Verhandlungen um 3 Uhr fortgesetzt. Inzwischen finden Fraktionssitzungen der Deutschnationalen und des Zentrums statt.

Das Endstadium der Verhandlungen über die Regierungsbildung.

Berlin. (Funkspruch nachm. 2 Uhr.) In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß es heute mittag gelungen ist, in der Frage des Finanzministeriums eine Verständigung zu finden, und zwar in der Form, daß dieses Ministerium dem Zentrum zufällt. Die Partei wird voraussichtlich den badischen Staatspräsidenten Köhler hierfür benennen. Der Streit geht nunmehr zwischen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei um das Verkehrsministerium.

Die Deutschnationalen beraten augenblicklich in ihrer Fraktionssitzung über die Besetzung der ihnen voraussichtlich zufallenden Ministerien.

Die ungarische Königsfrage.

Graf Bethlen's Reise nach Rom.

Budapest, Ende Januar 1927.

Von allen Seiten wird die beabsichtigte Romreise des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen so hingestellt, als ob sie mit der ungarischen Königsfrage eng verknüpft ist. Der Ministerpräsident bemüht sich zwar, diese Gerüchte zu dementieren. Dementis im politischen Leben bedeuten zwar zumeist Bestätigungen, doch ist immerhin möglich, daß an ihnen diesmal etwas wahres ist. Genau so möglich kann aber auch andererseits sein, daß sich Graf Bethlen vergewissern will, welche Aufnahme die Aufrollung der Königsfrage in den Regierungskreisen der Entente findet und den ersten Versuch eben in dem Lande vornehmen will, welches selbst einen König hat, der jedoch ähnlich wie in England eigentlich nur das repräsentative Staatsoberhaupt bildet.

Die Mentalität des ungarischen Volkes ist jedoch eine derartige, daß sie einen Schattenkönig nicht verträgt, zumal dieses Volk stets gewohnt war, Herrscher über sich zu haben, die ihren Willen auch gegen den Willen der jeweiligen Regierung durchsetzen. Es ist also sehr fraglich, ob ein König ohne Machtbefugnisse vom ungarischen Volke mit derjenigen Ehrerbietung und Hochachtung empfangen werden würde, wie ein König von „Gottes Gnaden", der über Leben und Tod zu entscheiden hat. Um sich über diese Möglichkeiten Klarheit zu schaffen, müßte erst die Stimmung des Volkes erkundet werden. Durch Volksabstimmung wäre also festzustellen, ob ein erbberechtigter oder ein erwählter König gewünscht wird. Der erbberechtigte König würde natürlich auf die ererbten Rechte oder wenigstens einen großen Teil derselben nicht verzichten können und wollen, während sich andererseits ein vom Volke gewählter König dem Diktate seiner Wähler anpassen müßte. Fällt die Volksabstimmung zugunsten des erbberechtigten Königs aus, so bedeutet dies einen Sieg des Legitimismus, und in diesem Falle ist die Frage, wer König von Ungarn sein soll, gleichzeitig mit der Volksabstimmung als entschieden zu betrachten. Will jedoch die ungarische Nation einen König wählen und diesen Willen durch eine Volksabstimmung bekunden, so bleibt noch immer die Frage offen, wer König von Ungarn sein soll; denn es gibt, wie bekannt, nicht nur einen Aspiranten auf den ungarischen Königsthron, als Träger der Heiligen Stephanskrone.

Es ist daher, von dieser Seite aus gesehen, kaum anzunehmen, daß Graf Stephan Bethlen diesen Fragenkomplex durch eine Rundreise bei den verschiedenen Kabinetten Europas erledigen will. Das derzeitige Parlament hat von der Nation keinerlei Befugnisse erhalten, in der Königsfrage Stellung zu nehmen; denn das Volk wurde bekanntlich bei den Wahlen nicht befragt, ob es einen König und wen es zum König haben wolle. Ohne aber vorher das Volk befragt zu haben, könnte eine politisch so wichtige Angelegenheit kaum der Erledigung zugeführt werden. Zur Zeit ist der Einfluß des Auslandes in dieser Frage noch viel zu groß, als daß man sie heute aufrollen könnte, ohne ein Veto befürchten zu müssen. Heute, wo man noch vor ganz kurzer Zeit von einer Personalunion gesprochen und geschrieben hat, wo man den ungarischen Königsthron als einen solchen bezeichnete, den auch unter Umständen der König eines benachbarten Reiches besetzen kann, ist die Zeit wohl kaum reif genug, um die ungarische Königsfrage dem Wunsche des Volkes entsprechend lösen zu können. Carl Vilmos.

Rechtsanwalt Dr. Noldin aus Saturn zur Deportation verurteilt.

Wien. (Funkspruch.) Wie der Neuen Freien Presse aus Innsbruck gemeldet wird, hat die Verbannungskommission der Provinz Trient gestern nach einem nichtöffentlichen Verfahren den am 23. dieses Monats verhafteten deutschen Rechtsanwalt Dr. Josef Noldin aus Saturn zum Höchstmaß der im Gesetz vorgesehenen Strafe von 5 Jahren Deportation verurteilt. Es ist das erste Mal, daß die Strafe der Deportation nach dem Gesetz zum Schutze des Staates auf Südtiroler Deutsche Anwendung findet.